



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

11 (8.1.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-189367](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-189367)

wird sich ausrechnen muß, daß er bei Verwendung von Kunstdünger selbst im günstigsten Fall einen Verlust von 1000 M hat — im Fall einer Minderernte können die ganzen 9000 M verloren sein —, so müßte man ihn als Verzehrender unter Kuratel stellen, wenn er trotz dem Kunstdünger verwendet. Das macht sich auch schon fühlbar. Obwohl unsere Kunstdüngerherstellung infolge Kohlenmangels nicht entfernt ausreicht, um eine rationelle Düngung im nächsten Erntejahr durchzuführen, werden Bestellungen in großem Umfang rückgängig gemacht. Die Ursache dafür wird sofort klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß nach amtlicher Feststellung die Preise für künstlichen Dünger im Vergleich zu der Preislage des Jahres 1913 gestiegen sind bei Kaliumsalz um 404 v. H., bei schwefelsaurem Ammoniak um 305 v. H., bei Superphosphat um 1768 v. H., bei Kainit um 600 v. H., bei Apoprogennitrat um 626 v. H., der Preis für Kroggen unter Anrechnung der gegenwärtigen Prämien dagegen nur um 254 v. H. Das schließt die Verwendung künstlichen Düngers beim Getreidebau nahezu aus und muß zu einem katastrophalen Rückgang der Ernten besonders auf den leichteren Böden führen. Beim Jüdererbau ist diese Folge schon eingetreten, er ist von 547.000 Hektar im Jahre 1914 auf 200.000 Hektar im letzten Jahre zurückgegangen, die Rohzuckerzeugung von 26 Millionen Doppelzentner auf 13,4 Millionen Doppelzentner.

So kann also nicht weitergemacht werden. Man muß endlich erkennen, daß die Zwangswirtschaft und die Höchstpreise in der gegenwärtigen Lage unüberwindlich sind. Sie hätten einen Sinn, solange das Geld noch die Eigenschaften eines gleichbleibenden Wertmaßes hatte. Diese Fähigkeit hat es vollkommen verloren, da infolge unserer chaotischen Geldwirtschaft niemand mehr weiß, was das Geld in vier Wochen oder gar in sechs Monaten noch gilt.

Von unserer gegenwärtigen Regierung ist eine Umkehr nicht zu erwarten. Sie hat in allen Fällen bewiesen, daß ihr jede Einsicht in wirtschaftlichen Fragen fehlt. Das kann schließlich auch nicht wundernehmen, da sie eine reine Parteiregierung ist, die sich aber nicht auf eine Partei stützen kann, sondern auf Gnade und Ungnade von der Arbeiterpartei abhängig ist. Die Regierung kommt mir vor, als ob sie die Landwirtschaft für ein wildes Tier halte, dessen Fesseln sie sich nicht zu lösen traut, aus Angst, von ihm verschlungen zu werden. Aber so liegt die Sache nicht. Wir alle wollen, daß die Landwirtschaft alle Hände rührt, um die Lebensmittelerzeugung möglichst zu steigern, weil das deutsche Volk nur dann leben kann. Aber man hat der Landwirtschaft durch die Zwangswirtschaft alle Glieder gefesselt, so daß sie sich nicht rühren kann, und sie verlangt deshalb: Laßt mich frei, gebt mir Bewegungsfreiheit, damit ich mich tummeln kann, um zu leisten, was man von mir erwartet. Und wenn doch schon allseitig festgelegt werden muß, daß die Zwangswirtschaft zusammengebrochen ist, was hat es für einen Sinn, sich immer noch hilflos an dieses Joch zu klammern. Es ist absurd, davon zu reden, die Regierung werde gegen die Landwirtschaft mit Gewalt vorgehen. Man kann wohl dem oder jenem Bauern sein Getreide oder seine Kartoffeln mit Gewalt wegnehmen oder rauben, wie das in der Umgebung der Städte vorkommt. Aber man kann nicht gegen die gesamte Landwirtschaft mit Gewalt vorgehen, wie es die jetzige Regierung will, sondern man muß sie leistungsfähig und bei gutem Willen erhalten. Die Wege dazu müssen, da die Regierung sich als unfähig erweist, durch Vereinbarungen zwischen Erzeugern und Verbrauchern selbst gesucht werden. Der Weg von Lieferungsverträgen zwischen Städten und ländlichen Genossenschaften ist schon mehrfach mit Erfolg beschritten worden und wird im nächsten Jahr die einzige Möglichkeit einer geordneten Lebensmittelerzeugung bieten. Aber wenn das im großen Umfang durchgeführt werden soll, bedarf es eingehender Vorbereitungen, die schrittweise getroffen werden müssen, wenn die Organisation bis zum neuen Erntejahr marschieren soll. Ich schlage daher vor, daß sofort ein aus den Vertretern des Städtetages, der Konsumvereine, der Landwirtschaft und der Genossenschaften gebildeter Ausschuss zusammentritt, um die Beratungen zu beginnen. Es handelt sich dabei wirklich nicht um Politik und nicht darum, Vorteile für einen Berufsstand herauszuschlagen, sondern um rein wirtschaftliche Fragen, und legen Endes um Leben und Sterben für das deutsche Volk.

Verhandlungen über den Abbau der Zwangswirtschaft.

Berlin, 7. Jan. (WB.) Der „Abend“ bringt in seiner Ausgabe vom 7. 1. die Meldung, daß das Reichswirtschaftsministerium beabsichtigt, mit den Vertretern der Landwirtschaft über den Abbau der Zwangswirtschaft zu verhandeln. Von zutändiger Seite wird mitgeteilt, daß es sich dabei nicht um einen aus besonderen Gründen hervorgerufenen Vorgang, sondern um eine vor einiger Zeit anberaumte Besprechung handelt, in der die in der Denkschrift niedergelegten Wünsche des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft erörtert werden sollen.

Es wird sich dabei hauptsächlich um Besprechungen der organisatorischen Fragen handeln. An eine allseitige Aufhebung der Lebensmittelerzeugung, wie die Rottiz vermuten läßt, wird nicht gedacht.

Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes.

Berlin, 8. Jan. (Von unv. Berl. Büro.) Die Rationalisierungsaktion tritt am kommenden Dienstag zusammen, um das vielmehrteilige Betriebsrätegesetz zu verabschieden. Man hofft damit in drei bis vier Tagen fertig zu werden, wenn es nicht anders geht unter Zustimmung der Vorstände und der Reichsminister. Wir glauben nicht, daß Zentrum und Demokraten das Bedürfnis haben werden, bei dieser Gelegenheit noch viel zu reden. Aber die Rechte wird es sich kaum nehmen lassen, auch jetzt gegen Regierung und Koalitionsparteien vorzugehen und die Wehrheitssozialdemokraten werden den Anlaß genug haben, sich gegen das förmliche Drängen von der äußersten Linken zu verteidigen. Die haben bei den Ausschüssenberatungen im Grunde positive Resultate erzielt. Die Unabhängigen waren für die Sache in den Kommissionen, und wenn sie einmal dort das Wort nahmen, war deutlich zu erkennen, wie wenig Wert sie auf die Vorlage legten. Das wird sie natürlich nicht hindern, in der Vollversammlung, wo sich dieselbe offiziell auszusprechen läßt, eifrig zum Fenster hinaus zu reden. Immerhin ist man überzeugt, daß sich die Beratungen verhältnismäßig glatt abwickeln werden und das Gesetz in der Form, die es nach der zweiten Kommissionsberatung gefunden hat, verabschiedet werden wird.

Über die Wahlordnung für die Wahlen der Betriebsräte sieht das Gesetz vor, daß sie durch das Reichsarbeitsministerium unter Zustimmung des Reichstages und eines Zweigliedrigen Ausschusses (also der Kommission, der die Vorlage über die Betriebsräte überantwortet war) erlassen werden soll. Der Entwurf dieser Wahlordnung wird dieser Tage herauskommen und wird vom Ausschusse und Reichsrat während der Plenarsitzungen der nächsten Woche durchberaten werden. Voraussetzliche werden dann Gesetz und Wahlordnung gleichzeitig im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden und dann können noch im Januar, wie vom Reichsanwalt Bauer versprochen worden war, die Wahlen vorgenommen werden.

Zu gleicher Frist mit dem Gesetz über die Betriebsräte sollte dann ebenfalls das sogenannte Antikriegsgesetz erlassen werden. Das war der milde Trostpreis, der Zentrum und Demokraten — in beiden Parteien hat es Segner des Betriebsrätegesetzes gegeben und gibt es heute noch — den bitteren Trank versetzen sollte. Es scheint, als ob es mit diesem Gesetz über die obligatorischen Schiedsverfahren noch einige Welle haben sollte. Der Reichsanwalt Bauer hatte es in der Rede angekündigt, mit der er im Herbst die neue Regierung einführte. Herrsch hatte es, als die Verhandlungen im Ausschusse an einen besonders kritischen Punkt gelangt waren, nach der Arbeitsminister in der Kommission von Reum versprochen müssen. Inzwischen aber ist offenbar der sozialdemokratische Geist vorwiegend und die Herren beginnen, wie man sich erzählt, über die Bedenken zu stöhnen und die Schmierigkeiten, die eine solche Vorlage bereite. Neuerdings hören wir, daß der Herr Arbeitsminister den Entwurf im Reichsrat zu Beginn des Februar vorlegen wolle. Allerdings wird man, wie die Dinge sich nun gestaltet haben, von diesem Entwurf sich kaum versprechen dürfen. Anfangs zwar ist an ein sehr

energisches Vorgehen gegen die Streikführer gedacht worden, die unter Umständen verhaftet werden sollten und bergleichen mehr. Von all dem ist heute nicht mehr die Rede. Es wird aller Wahrscheinlichkeit nach wirklich nur ein Gesetz über obligatorische Schiedsverfahren werden, die in lebenswichtigen Betrieben vor jedem Streik entscheiden sollen, ob er stattfinden darf oder nicht und in Privatbetrieben darüber urteilen, ob ein etwa ausgebrochener Streik zu Recht beschlossen war oder nicht. Ist das Schiedsgericht der Meinung, daß der Zustand unbegründet war, so würde dann die technische Nothilfe eintreten dürfen.

Wir sagten schon zu Beginn, daß die Rationalisierungsaktion nach drei bis vier Tagen, also etwa am 17. Januar wieder auseinander zu gehen hofft. Ob sich das durchführen lassen wird, ist allerdings fraglich. Herr Erzberger läßt, wie wir hören, wieder einmal Gesegensworte drucken, die er der Rationalisierungsaktion in der nächsten Woche vorlegen will. Vermutlich handelt es sich dabei um die Steuervorlagen, die er am Sonntag in Stuttgart angekündigt hat, und bei dem regen Eifer, den der Herr Reichsfinanzminister im Schreiben und Durchdringen von Steuern einsetzt, kann es schon sein, daß er darauf besteht, auch diese Entwürfe jetzt gleich durch die erste Lesung zu bringen, wie man denn überhaupt vielfach nicht daran glaubt, daß die Rationalisierungsaktion mit April mit ihrem Arbeitspensum fertig werden wird. Das würde bedeuten, daß auch die Rechnungen für den ordnungsmäßigen Reichstag immer weiter hinausgeschoben würden.

Die Bewegung der Angestellten im Versicherungsgewerbe.

Alle drei Verbände nehmen an den Verhandlungen teil.

Berlin, 7. Jan. (WB.) Die Vereinigung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie erklärte sich gegen den Streik im Versicherungsgewerbe. Sie hat ihre Mitglieder aufgefordert, die Arbeit nicht niederzulegen. Die Arbeitgeberverbände erklärten sich bereit, mit der Vereinigung über die von ihr erhobenen Forderungen zu verhandeln. Der Streik wurde von dem Zentralverband der Angestellten eingeleitet, weil dieser von seiner formalen Forderung, der Grundbesetzung des von ihm ausgestellten Tarifes für die Verhandlungen unter Nichtzulassung anderer Angestelltenverbände zu den Verhandlungen, nicht abgehen will.

Berlin, 7. Jan. (WB.) Zu dem Streik im Versicherungsgewerbe teilt das Reichsarbeitsministerium mit: Bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium haben sich die Angestelltenverbände dahin verständigt, daß alle drei Verbände an den Verhandlungen teilnehmen werden. Der Arbeitgeberverband wurde von diesem Ergebnis unterrichtet und ersucht, zu erklären, ob er bereit sei, an den Verhandlungen teilzunehmen.

Die Angestelltenverbände, die vom Zentralverband ausgeschlossen werden sollten, haben also einen Erfolg errungen. Ueber die Bewegung, die dazu geführt hat, unterrichten die folgenden Mitteilungen:

Der deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband teilt mit:

Die Lage in der Tarifbewegung im Versicherungsgewerbe hat in den letzten Tagen eine wesentliche Zuspitzung durch das unverantwortliche Schreiben des Zentralverbandes der Angestellten erfahren, das ungeachtet der dadurch eintretenden schweren Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Versicherungsangeestellten darauf hinausläuft, allen seinen verbandsfremden und bolschewistischen Zielen nachstrebenden Angestellten-Organisationen von den Tarifverhandlungen auszuschließen. In erster Linie hat er es dabei natürlich auf den D. V. S. abgesehen, welches ja von jeder hinreichend bekannt ist. Für ihn kommt es nicht auf die Verbesserung der Angestellten im Versicherungsgewerbe an, sondern dieses hat für ihn nur solange Wert, als es ihm nützlich ist, für sich und seine stillen Machthaber ein politisches Geschäft aus der Sache zu machen. Diese Geister haben bereits wieder die Hände im Spiel, das beweist zu deutlich das Auftreten des Herrn Wegmann vom „Volksgesund“ in einer Versammlung der Berliner Versicherungsbeamten im Circus Busch, die vom J. S. einberufen war, und in der Herr W. gegen die Sicherheitspolizei und die Reichswehr verhielt. Sie haben als Angestelltenorganisation das Recht zu den Verhandlungen zugewogen zu werden. Die Schuld, daß die Verhandlungen noch nicht ihren Anfang nehmen konnten, liegt also nicht bei den Arbeitgebern, sondern beim J. S., der unter Streikandrohung verlangt, daß der D. V. S. und die anderen bürgerlichen Organisationen von den Verhandlungen ferngehalten werden. Ehe alle Verhandlungen stattgefunden haben und ehe man weiß, in wie weit die Arbeitgeber den berechtigten Forderungen der Angestellten nachkommen, rüft der J. S. zum Streik auf. Für unsere Kollegen im Versicherungsgewerbe ist das Verhalten klar gegeben. Wir lehnen es ab, uns an diesem Streik zu beteiligen. Für uns ist der Streik das letzte gewerkschaftliche Kampfmittel, das wir anwenden, wenn die Verhandlungen mit den Arbeitgebern zeigen, daß auf friedlichem Wege eine Einigung nicht erzielt werden kann. Wir lehnen unter allen Umständen einen Streik ab, der nur aus verbandsfremden Gründen herausbeschworen wird. Wir richten auch an die gleichgesinnten Kollegen und Kolleginnen den dringenden Appell, sich an diesem Streik nicht zu beteiligen, da es ausgeschlossen ist, daß durch die Maßnahmen des J. S. der Streik ein gutes Ende für die Angestellten finden kann.

Eine für die Tarifbewegung im Versicherungsgewerbe recht bedeutsame Versammlung der Versicherungsangeestellten fand am 30. Dezember 1919 in Berlin statt. Nach eingehenden Erörterungen, in denen Stellung genommen wurde zu dem Vorgehen, den der Zentralverband der Angestellten in diesem Augenblicke, wo die Einigkeit der Angestellten gegenüber den Arbeitgebern bitter nötig ist, durchzuführen zu müssen für richtig hält, und zu dem Tarifentwurf, den der deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband durch seine Hochgruppe der Versicherungsbeamten dem Arbeitgeberverbande eingereicht hat, und der volle Billigung fand, wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

Die am 30. Dezember 1919 im großen Saale der Odeonkolonne vermittelten Berliner Versicherungsangeestellten verurteilen auf das Schärfste das Schreiben des Zentralverbandes der Angestellten, das ungeachtet der dadurch eintretenden schweren Schädigungen der wirtschaftlichen Interessen der Versicherungsangeestellten darauf hinausgeht, alle nicht den gleichen verbandsfremden und bolschewistischen Zielen, wie die seinen es sind, nachstrebenden Angestellten-Organisationen von den bevorstehenden Tarifverhandlungen auszuschließen. Sie stellen fest, daß der Zentralverband ohne jede Berechtigung sich als die allein zu Verhandlungen ermächtigte Organisation aufstellt. Viele tausend Versicherungsangeestellte im ganzen Reich lehnen jede Gemeinschaft mit dem Zentralverband der Angestellten ab, und in jeder Hinsichtung mit diesen verlangen die Versammelten, daß die dem Gewerkschaftsbund launmännlicher Angestellten-Verbände (und dem D. V. S.) angehörenden Verbände als vollberechtigt an den bevorstehenden Verhandlungen über den Reichstarif im Versicherungsgewerbe teilnehmen. Die Versammelten gehen in der Beurteilung der zentralverbanderischen Agitationen mit dem Arbeitgeberverbande einig, verlangen jedoch von diesem, daß er in diesen Erörterungsversuchen keinen Grund erblickt, das Beginn der Verhandlungen noch länger hinauszuschieben. Die Versammelten beauftragen den G. A. V. (und den G. D. V.) mit aller Energie bei dem Arbeitgeberverbande auf den sofortigen Verhandlungsbeginn zu drängen und zuerst die Forderung der Wirtschaftsbetriebe zur Entschloßung zu bringen. Wegen der letzteren Forderung begreifen sie sich besonders auf den Erlaß des Reichsarbeitsministeriums vom 18. Dezember 1919 (Bl. 498) an die Arbeitgebergemeinschaft industrieller und gewerblicher Arbeitgeber und Ko-

beitnehmer Deutschlands in Berlin, in dem das Reichsarbeitsministerium im Hinblick auf die erneute Verletzung der Rottiz- und Brotpreise den Arbeitgebern die Gewährung außerordentlicher Leertarife empfindlich auch in den Fällen, wo die Bezüge der Arbeitnehmer durch Tarifverträge geregelt sind.

Die Bewegung der Eisenbahner.

Berlin, 7. Jan. (WB.) Heute fand eine gründliche Aussprache zwischen den Vertretern des Deutschen Eisenbahnerverbandes, des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes und den Gewerkschaften der Deutschen Eisenbahner einerseits und den Mitglidern der Mehrheitsparteien der preussischen Landesversammlung und der Staatsregierung andererseits über den Gelamitkomplex der Lohnfragen der Eisenbahner statt. Naturgemäß konnte es sich nur um eine orientierende und unverbindliche Unterredung handeln. Das Staatsministerium selbst wird sich in einer seiner nächsten Sitzungen mit dem Deutschen Eisenbahnerverband in der gleichen Angelegenheit eingehende Eingabe befassen.

Der Düsseldorf Bahnhof gesperrt.

m. Abn. 7. Jan. (Preis-Teil.) Die Kölnische Zeitung meldet aus Düsseldorf: Der Zugang zu dem Hauptbahnhof wurde gestern vormittag gesperrt. Es werden nur noch wenige Reisende aus dem Gebäude herausgelassen, die mit den Koffern von auswärts hier eintriften. Fahrkarten werden nicht mehr ausgeben. Auch die Postverbindung mit der Eisenbahn hat hier aufgehört. Die Leiter der Eisenbahngewerkschaften haben bisher den Zustand noch nicht ausgerufen, auch die Bezirksleitung in Düsseldorf steht zurzeit einem Ausstand noch ablehnend gegenüber.

Die Meldung der mehrheitssozialistischen „Reien Presse“, daß auch die Beamten des Düsseldorf Bezirks den Ausstand beschließen hätten, ist nicht begründet. Die Beamten sind aber, wie aus der führenden Kreise mitgeteilt wird, nicht gewillt, sich auf ausbleibende Erklärungen oder Versprechungen der Regierung einzulassen. Der Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnbeamten steht einem organisierten Arbeiterstreik neutral gegenüber.

Letzte Meldungen.

Die Auslieferungsliste nicht im Besitz der deutschen Regierung

Berlin, 7. Jan. (WB.) Die vom „Holländischen Rieuwe Bureau“ gebrachte Meldung von einem Bericht des amerikanischen Korrespondenten Biegan von dessen Zeitung, demzufolge die deutsche Regierung auf nichtamtlichem Wege am Ende der Woche die Auslieferungsliste erhalten habe, ist unzutreffend. Von allen in dem angeführten Bieganischen Telegramm angeführten Einzelheiten, so davon, daß die Liste 1200-1500 Namen, darunter auch die von 300 Unteroffizieren und Mannschaften, enthalten soll, ist der Reichsregierung kein Wort bekannt. Es handelt sich bei dieser Nachricht um eine freie Erfindung.

Polen will Kriegsmaterial in Deutschland kaufen.

Paris, 7. Jan. (WB.) Die polnische Friedensdelegation ersucht beim Obersten Rat um die Erlaubnis, Kriegsmaterial in Deutschland kaufen zu dürfen.

Die Propagandabünde der Dortmunder Eisenbahner.

m. Abn. 7. Jan. (Preis-Teil.) Wie der Kölnische Zeitung aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, ist die bisher in Mainz gedruckte, von der Dortmunder Eisenbahner-Gesellschaft unterhaltene „Rheinische Korrespondenz“ nach Köln-M. A. Uhlheim verlegt und der Redaktion des Herrn Matthias Salm, der für die Rheinische Republik als Landwirtschaftsminister aussersehen war, unterstellt worden. Neben der Ausgabe für Zeitschriften wird jetzt ein Zweifarben-Druck herausgegeben, der in großen Massen in Fabriken und Werkstätten an die Arbeiter verteilt wird.

Staatliche Hilfeleistung für die Notlage in den Hochwassergebieten.

Berlin, 7. Jan. (WB.) Die Notlage, in die viele Bewohner der Hochwassergebiete geraten sind, veranlaßt das preussische Staatsministerium in der gestrigen Sitzung, einen größeren Betrag aus dem Dispositionsfond der Staatsregierung zur sofortigen Auszahlung an die betroffenen Provinzialbehörden zu überweisen. Entsprechend dem Verfahren, das schon bei früheren Hochwässern zur Anwendung kam, wird der Rationalisierungsaktion sofort ein Dispositionsbetrag der Staatsregierung für mögliche Hilfeleistung gegeben.

Die Regierungsgesetze der englischen Arbeiterpartei.

London, 7. Jan. (Gig. Draft. Ind.) Die Frage des Uebergangs der Regierungsgewalt an die Arbeiterpartei wird seit einiger Zeit lebhaft erörtert. Die Erklärungen der Arbeiter- und Sozialistenführer und die beträchtliche Zunahme der von den Kandidaten der Arbeiterpartei in den letzten Parlamentswahlen erhaltenen Stimmen bilden hinreichende Gründe zu dieser Diskussion. Einen neuen Anstoß erhielt die über diese Frage entstandene Polemik durch die Rede des Kriegsministers Winston Churchill in Sunderland, der darauf hinwies, daß eine Spaltung in den Reihen, welche die gegenwärtige Regierung unterstützen, keine andere Folge hätte, als daß die Arbeiterpartei zur Regierung gelangte. Churchill befürchtet für das Reich, das in einer Periode der Entwicklung stehe, großen Schaden, da die Arbeiterpartei völlig unfähig sei die Verantwortlichkeiten der Regierung zu übernehmen. Der Sekretär der Eisenbahnervereinigung, Thomas, grüßte Churchill in einer Erwiderung an und wies auf die politische Schulung der Führer der Arbeiterpartei hin. Außerdem könnte die Arbeiterpartei, wenn sie ans Ruder gelangen sollte, die Welt in keine schlimmere Lage versetzen, als sie es gegenwärtig sei.

Deutsche Journalisten in England unerwünscht.

London, 7. Jan. (Gig. Draft. Ind.) Nach einem Telegramm aus Berlin verweigerte die britische Militärmission die von Theodor Wolff, dem Direktor des Berliner Tageblattes, nachgeachtete Erlaubnis, einen Korrespondenten seines Blattes nach London zu senden, da man in britischen Regierungskreisen der Meinung ist, daß die Anwesenheit deutscher Journalisten in England unerwünscht sei. Dieser Beschluß verurteilt erhebliche Bestimmung in offiziellen Kreisen. Ein Vertreter des deutschen Ministeriums des Auswärtigen sprach sich darüber gegenüber den Korrespondenten der englischen Blätter aus und gab ihnen zu verstehen, daß Deutschland, nachdem es seine Grenzen den Journalisten aller Länder geöffnet habe, eine solche Auslieferungsmassnahme nicht hinnehmen könne, ohne sich selbst mit Gleichem zu vergelten.

Das Erdbeben in Mexiko.

Stadt Mexiko, 7. Jan. (Neuter) Nach einer amtlichen Mitteilung aus Conchala ist hier ein Erdbeben verspürt worden. 2000 Menschen sind verunglückt, davon sind 1000 tot. Von den Mannschaften der Garnison Escobedo (?) sind 30 Mann getötet und 60 Mann verwundet. In Barranca Grande wurden 300 Personen getötet. Die Wasserfläche des Baranca de Sangre ist um 26 Meter gesunken.

Handel und Industrie.

Der Wille zum Wiederbau einer deutschen Handelsflotte.

Berlin, 8. Jan. (Eig. Draht.) In der heutigen zweiten außerordentlichen Generalversammlung der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, die einberufen werden mußte, weil die frühere Versammlung nicht beschlußfähig war, wurde die Erhöhung des Aktienkapitals um 5 Millionen 5/8iger Vorkursaktien, die mit demjenigen der Hamburg-Amerika-Linie ausgetauscht werden, und zum nationalen Schutz der Gesellschaft bestimmt sind, beschlossen. Der Vorsitzende führte aus, daß im Gegensatz zu den ausländischen Reedereien, die während des Krieges finanziell erstarkt seien, für die deutschen Schiffahrtsgesellschaften der Wiederaufbau der Handelsflotte sehr schwer sei. Sie haben sämtliche Schiffe abgeben müssen und sind nun darauf angewiesen, mit der entwerteten Mark wieder einen Schiffsbestand schaffen zu können. Die Friedenspreise um ein vielfaches übersteigen. Hinzu kämen noch die bekannten Arbeiterschwierigkeiten und die durch den Friedensvertrag bedingte Inanspruchnahme der deutschen Werten durch die Entente. In welcher Weise unter solchen Verhältnissen der Wiederaufbau der Handelsflotte sich entwickeln wird, sei nicht vorzusagen, aber die Verwaltung werde alles daran setzen, die schwierige Aufgabe zu lösen und in absehbarer Zeit wieder eine leistungsfähige Flotte für die Ein- und Ausfuhr Deutschlands zu stellen. Wie wichtig dies sei, geht schon aus der Tatsache hervor, daß Deutschland ohne Handelsflotte Milliarden von Frachten in fremder Valuta zahlen müsse. Die deutschen Reedereien müßten daher alles daransetzen, ihre Bewegungsfreiheit möglichst zu sichern, das bedeutet, nicht nur Befreiung von beherrschenden Einmischungen in der Wiederaufbaufähigkeit, sondern auch die Verhinderung des Einflusses ausländischer Kapitalisten. Der Vorsitzende betonte, man dürfe auf keinen Fall riskieren, daß das Geld, welches der Gesellschaft vom Reich als Entschädigung für die Enteignung der Flotte bezahlt wird, evtl. ausländischen Kapitalisten indirekt zugänglich gemacht würde.

Der Kampf um die Freigabe des Tabaks.

Karlsruhe, 7. Jan. Vor wenigen Tagen fand im Ministerium des Innern eine Besprechung über die Freigabe des Tabaks statt, bei der die Reichsregierung, die badische Regierung, die Datt-Beuren sowie Pfälzer von Baden, Württemberg u. Hessen vertreten waren. Gegenüber den Vorstellungen des Berliner Regierungsvertreters erklärten die Pfälzervertreter an ihrem am 15. Dezember gefaßten Beschluß festzuhalten und die Freigabe des Tabaks zu verlangen. Von dem Vertreter der badischen Regierung wurde die Forderung der Landwirte unterstützt, da sowohl die Regierung als auch der Landtag die Verhältnisse Süddeutschlands kennen und der Not gehörend dem Wunsch der Pfälzer entgegenkommen haben. Der Vertreter der Reichsregierung erklärte schließlich, die vorgelegten Wünsche in Berlin zur Sprache bringen zu wollen. Von den Pfälzervertretern wurde beschlossen, an dem Beschluß vom 15. Dezember v. J. festzuhalten und, wenn eine abgelaufene Antwort von Berlin komme, den Tabak zu verweigern und den Niederbrennstellern Vorschub zu geben, damit nicht einzelne aus Not gezwungen seien, den Tabak abzusetzen.

Frankfurter Abendbörse.

Frankfurt, 7. Jan. (Eig. Draht.) Die Geschäftstätigkeit war ziemlich lebhaft. Unter den Auslandswerten gewannen Canada etwa 20%, ferner stiegen Südschwarzpulver auf 60%; Schantungbahn waren etwas schwächer. Orientbahn verloren 1 1/2%. Montanpapiere lagen abgeschwächt. Es verloren Deutsch-Luxemburg 4%. Größere Umsätze fanden in Schiffahrtaktien statt. Nordl. Lloyd stiegen 4. Hapag 3 1/2%. Steigerungen erlitten Kabelwerke Rheide, welche bis 420 gingen. Eine Steigerung von 2 1/2 erlitten Feinmechanik Jetter, Schuhfabrik Aug. Wessel stiegen 1 1/2%. Bergmannwerke waren 2% erhöht. Niedriger stieg sich Neugülden mit 5. Farbwerke Höchst mit 4%. Daimler büßten 1 1/2% ein. Mexikaner lagen behauptet. Petroleumerte stiegen.

Mannheimer Effektenbörse.

Die Börse verkehrte in abgeschwächter Tendenz. Niedriger waren Anilin 170 B., Westergeln 365 B., Seidindustrie 140 G. und Benz-Aktien, welche zu 270 G. gehandelt wurden. Etwas höher stellten sich Heddernheimer Kupfer 169 bez. und Zuckerfabrik Wambödel 358 G. 3/8 B.

Wirtschaftliche Rundschau.

Unterbilanz bei den Kraftübertragungswerken Rheinfelden. Badisch Rheinfelden, 7. Jan. Bei den Kraftübertragungswerken wird infolge der schlechten Währungsverhältnisse eine Unterbilanz eintreten. Diese zwingt die Gesellschaft trotz der einmütig bewilligten Strompreiserhöhung von 150 % sich mit den Inhabern von Obligationen, die zur Zahlung der Zinsen in Frankennote bestehen, zu verständigen. Die Gesellschaft hat sich bei den Schweizern Bundesbehörden um Konzessionierung der Gefällsstufe bei Niederschweffertul beworben.

Verkehr mit Zündwaren. Die Ausführungsbestimmungen über den Verkehr mit Zündwaren wurden nunmehr im Reichsanzeiger veröffentlicht. Danach ist die Zündholzindustrie, G. m. b. H. in Berlin, beauftragt, für die gleichmäßige und ausreichende Versorgung des Inlandes mit inländischen und ausländischen Zündhölzern zu sorgen. Der Gesellschaft wird ein Verwaltungsrat angegliedert, bestehend aus zwei Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums und je einem Vertreter des Reichsministers der Finanzen, der Zündholzindustrie G. m. b. H., des Zündholzgewerbes, des Zündholzeinzelhandels und der Verbraucher. Der Verwaltungsrat soll der Zündholzindustrie G. m. b. H. Richtlinien für die Versorgung des Inlandes mit Zündhölzern erteilen, die Höhe der einzuführenden Menge ausländischer Zündhölzer bestimmen und Anordnungen über die Verwaltung und Verwertung einer zu bildenden Ausgleichskasse treffen. Dieser liegt eine Umlage vom 1. Oktober 1919 ab zu von 300 M. für die Kisten zu 1000 Paketen (zu 1000 Schachteln zu 10 Hölzern). Die Höchstpreise für Zündhölzer sind in jeder Verkaufsstelle an sichtbarer Stelle anzuhängen.

Erhöhung der ersten Kartoffelfaserfabrik. In Ergänzung früherer Nachrichten wird mitgeteilt, daß schon in der nächsten Zeit die erste Kartoffelfaserfabrik in Glöckchen a. L. S. eröffnet wird. Die für die Herstellung der Gespinntfaser notwendigen Spezialmaschinen sind fertig, so daß man jetzt an ihre Aufstellung gehen kann. Gleichzeitig wird beabsichtigt, die Fabrik in Glöckchen zu einer Versuchs- und Vorkursfabrik auszustatten, deren Besuch und Besichtigung jederzeit freigegeben wird.

Zusammenschluß der Schreib- und Vervielfältigungsbüros. Die Schreib- und Vervielfältigungsbüros Deutschlands haben sich organisiert und sind im Reichverband der Schreibmaschinen- und Vervielfältigungsbüros zusammengeschlossen. Der Verband hat schon vor einigen Monaten einheitliche Grundtarife für die zu berechnenden Arbeiten festgelegt, die für Berlin und verschiedene andere Städte um 50 % erhöht wurden.

Die chemische Industrie Nordfrankreichs. Nach dem L'Outillage Industriel Commercial et Maritime* arbeiteten im Jahr 1913 in Nordfrankreich 423 chemische Fabriken mit 11.800 Arbeitern. Anfang November 1919 wurden 16 Fabriken mit kaum 800 Arbeitern gezählt.

Schiffsverkehr. Der Dampfer „Rotterdam“ ist am 27. Dezember von New York abgegangen und am 6. Januar nachmittag in Rotterdam angekommen.

Neueste Drahtberichte

Ausfuhrverbote.

Berlin, 8. Jan. (Eig. Draht.) Nach einer Bekanntmachung des Reichswirtschafts- und Finanzministers wird mit Wirkung vom 10. Januar ohne Bewilligung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhr die Aus- und Einfuhrbewilligung verboten. Die Ausfuhr von Glas und Glaswaren (das Verbot erstreckt sich nicht auf Glasbezüge zu Leuchtern). Verboten ist ferner die Ausfuhr von Eisen- und Eisenlegierungen, ausgenommen eine größere Anzahl von Waren Kunstguß und Schmiedeweisen, Feinmesser und Scheren, Messerschmiedewaren aller Art usw.

Kapitalverdoppelung der Adlerwerke Frankfurt.

Berlin, 5. Jan. (Eig. Draht.) Die Verwaltung der Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer A.-G. Frankfurt a. M. beantragt die Verdoppelung des Aktienkapitals von 18 auf 36 Millionen Mark. Die Aktien sollen Dividendenberechtigung ab 1. November 1919 haben.

Zur Frage der Zinsleistung für ungarische Staatspapiere.

Berlin, 8. Jan. (Eig. Draht.) Auf den telegraphischen Protest der Schutzvereinigung der deutschen Eigentümer von ungarischen Staats- und staatlich garantierten Anleihen, ging vom ungarischen Finanzministerium folgender Bescheid ein: Da es noch unbekannt ist, welcher Teil der Vorkriegsschulden und der Kriegsschulden nach den Bestimmungen des Friedensvertrages das gegenwärtige Ungarn belasten wird, so werden vorläufig nur diejenigen vom 1. Januar 1920 an fällig werdenden Kupons der ungarischen Staatsschuld eingelöst, welche in solchen Gebieten aufbewahrt sind, welche unter ungarischer Verwaltung stehen und seit Oktober 1918 das Eigentum ungarischer Staatsbürger bilden. Es bleibt vorbehalten, über die Einlösung anderer Kupons in einem späteren Zeitpunkt zu verfügen, sobald festgestellt sein wird, welche Verpflichtungen den ungarischen Staat belasten.

Berlin, 8. Jan. (Eig. Draht.) Die Chemische Fabrik auf Aktien vorm. E. Schering in Berlin beantragt die Erhöhung des Aktienkapitals durch Ausgabe von 1 Millionen Stammaktien zum Kurse von 115% und von 1 Million 5/8iger in besonderen Fällen mit dem mehrfachen Stimmrechte ausgestatteten Vorkursaktien. Die neuen Aktien sind ab 1. Januar 1920 dividendenberechtigt. Die Stammaktien sollen den alten Aktionären im Verhältnis von 3:2 zum Bezug angeboten werden. Die Vorkursaktien übernimmt ein Konsortium zu Paris.

Düsseldorf, 7. Jan. (Eig. Draht.) Der Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft in Aachen beantragt 22% Dividende gegen 15% i. V., sowie die Ausschüttung einer Sonderverteilung von 100 M. pro Aktie in Kriegsanleihen. Außerdem soll das Aktienkapital um 1,7 Mill. M. Stammaktien und 1 Mill. M. Vorkursaktien erhöht werden. Die Generalversammlung der Tuchfabrik in Aachen soll eine Erhöhung des Aktienkapitals um 1,5 Mill. M. beschließen.

Waren und Märkte.

Der Stand am deutschen Produktenmarkt.

Laut Bericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 30. Dezember 1919 bis 5. Januar hat sich kurz vor und nach dem Jahreswechsel am Halmermarkt ein Teil der bisherigen Käufer zurückgezogen. Auch die Kaufneigung der Kommunen und Nahrungsmittelfabriken wurde geringer, bei letzteren zum Teil infolge ungenügender Kohlenlieferung. Trotzdem blieb die Marktlage des Hafers fest, weil Mitteldeutschland wieder kaufte, und schließlich auch der Westen teilweise seine Zurückhaltung aufgab. Verstärkte Lieferungen kamen aus denjenigen östlichen Gebieten, die nach Ratifizierung des Friedens ihrer Besetzung entzogen waren. Auch von dort angebotene Gemenge wurde zum Versand und für den Handel freigegeben. Die Kaufkraft für Hülsenfrüchte hat angehalten; wieder sind auch von ausländischen, besonders chinesischen Erbsen vermehrte Abschlässe gemacht. Eine bemerkenswerte Erscheinung der Woche war der Preisrückgang der Serradella. Hiervon zeigte sich verstärktes Angebot der abzutretenden Gebiete. Die Forderungen waren entgegenkommend und das machte die Käufer vorsichtig, sodaß hier eine rückgängige Bewegung einsetzte. Diese verstärkte sich, als ein großer Posten Serradella aus dem besetzten Posen mit Ausfuhrgenehmigung der polnischen Regierung offeriert und dafür die Annahme merklich billigerer Gebote, als die Berliner nichtamtliche Notiz war, in Aussicht gestellt wurde. Bisher ist ein Zustandkommen des betreffenden Ackerflusses nicht bekannt geworden, aber die Tatsache, daß auch aus dem besetzten Posen Absatz für Serradella gesucht wurde, genügt zur Verunsicherung des Marktes beizutragen. Für Heu war die Geschäftstendenz der letzten Woche ruhiger, dagegen für Stroh sehr fest, da die im letzten Bericht erwähnte Erschwerung der Sendungen nach Süddeutschland aufgehoben wurde, und hierdurch die vorher gute Belieferung Berlins, wo ein außerordentlich starker Heckschbedarf besteht, sich wieder knapper gestaltete. Gegen Schluß der Woche schien die Tendenz für Raufutter allgemein etwas schwächer zu werden.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Januar

Pegellation von Rhein	Datum					Bemerkungen
	3.	4.	5.	6.	7.	
Scheffersweil	2,53	2,20	2,23	2,03	1,97	Abends 6 Uhr
Reh	2,71	1,55	2,32	1,20	2,07	Nachm. 2 Uhr
Bass	7,34	6,45	6,01	5,72	6,50	Nachm. 2 Uhr
Mannheim	6,27	7,37	5,60	5,95	6,44	Morgens 7 Uhr
Wald						F.-B. 12 Uhr
Kaib						Vorm. 2 Uhr
Kain						Nachm. 2 Uhr
vom Neckar:						
Bassweil	6,06	7,21	6,72	5,98	6,50	Vorm. 7 Uhr
Rehbrunn	2,63		1,56	1,73	1,70	Vorm. 7 Uhr

Wetterausichten für mehrere Tage im voraus.

- Unbegünstigter Hochdruck wird gerichtlich verjagt.
- 9. Januar: Heftig, Niederschläge, kalt.
 - 10. Januar: Heftig, Niederschläge, kalt, Windig.
 - 11. Januar: Strahlhoch, kalt, Sturmwind.
 - 12. Januar: Strahlhoch, milder, trübfall.
 - 13. Januar: Strahlhoch, milder, Windig.
 - 14. Januar: Strahlhoch, milder, Windig.
 - 15. Januar: Strahlhoch, milder, Sturmwind.
 - 16. Januar: Strahlhoch, milder, Niederschläge, Windig.
 - 17. Januar: Strahlhoch, milder.

Witterungsbericht.

Datum	Barometerstand morgens 7 Uhr mm	Temperatur mittags 7 Uhr Grad C.	Tiefste Temp. a. der Nacht Grad C.	Niedrigste Temp. Liter auf den qm Grad C.	Höchste Temp. des Vortages Grad C.	Bemerkungen
2. Januar	743,5	2,2	2,0	—	7,2	kl. bedeckt
3. Januar	754,2	-2,8	2,7	—	4,0	kl. bedeckt
4. Januar	747,8	-0,1	-1,9	—	0,3	kl. bedeckt
5. Januar	757,2	-0,7	-0,9	—	0,3	kl. bedeckt
6. Januar	757,0	0,2	0,0	—	1,5	kl. bedeckt
7. Januar	768,9	0,8	1,5	—	2,9	kl. bedeckt
8. Januar	763,5	0,8	1,5	—	1,5	kl. bedeckt

Schluß des redaktionellen Teils.

IDA BOYED/GLANZ
Der neue Roman in der „Woche“

National-Theater.
Donnerstag, den 8. Januar 1920.
22. Vorstellung im Abonnement A (für H. Partett A 18)
Nur einhundert:
Der Wildschütz
oder
Die Stimme der Natur
Winfang 6 Uhr. Mittelpause. Ende nach 9 Uhr.
Versammlungssaal — Rosengarten
Freitag, 9. Januar, abends 7 1/2 Uhr
Klavierabend

Claudio Arrau
Kompositionen v. Beethoven, Brahms, Chopin u. Liszt
Konzertflügel Bechstein aus d. Lager K. Ferd. Heckel
Karten zu M. 5.—, 3.—, 2.—, 1.50 zuzüglich Steuer an der Konzertkasse Heckel, O. 3, 10 u. an d. Abendkasse

Künstlertheater „Apollo“
Heute und folgende Tage, abends 7 1/2 Uhr:
Ludwig Schmitz in der Burleske „Ein hoch-
anständ. Mensch“, außer d. bes. hervorrag.
Neuzugprogramm. In d. ab. Raum. Kabarett

Kabarett Rumpelmayer
Bobby Walter
der Meisterhumorist
seines Erfolges wegen prolongiert
sowie die übrigen ausgezeichneten Künstler

Kasino
Montag, 12. Januar, 1/8 Uhr
Abend für zwei Klaviere
JDA FRANK
Professor
WILLY REHBERG
Mozhatsk, Schumann, Huber, Herzogenberg
Karten 5.—, 4.—, 3.—, 2.— Mannheimer
Musikhaus P 7, 14a, Konzertkasse Heckel,
Eugen Pfeiffer u. Abendkasse. 11828

Musikverein e.V., Mannheim
Musensaal — Rosengarten
Freitag, den 16. Januar, abends 7 Uhr
Schubert-Lieder-Abend
Karl Erb
Kammersänger.
Vortragsfolge:
1. Morgengruß
2. Der Neugierige
3. Die Ungeduld
4. D. Baches Wiegenlied
5. Im Absenrot
6. Sei mir gegrüßt
7. Ihr Grab
8. Wanderers Nachlied
9. Abendlied
10. Der Leiermann
11. Die Post
12. Seligkeit
13. Der Jüngling u. d. Tod
14. Die Forelle
15. Musensohn
16. Ständchen
Am Flügel: Kapellmeister Fritz Zwarg.
Karten zu Mk. 7.—, 6.—, 5.—, 4.—, 3.—, 2.—
zuzüglich Steuer an der Konzertkasse Heckel
O 3, 10 und an der Abendkasse. 300

„Arion Mannheim“
Isenmann'scher Männerchor e. V.
Mitglieder-Versammlung
17. Jan., abends 7 Uhr im Hotel „Prinz Reg.“, H 3, 3
General-Versammlung
23. Jan., nachm. 5 Uhr im Hotel „Prinz Reg.“, H 3, 3
Der Vorstand.
Jüngst geborene be-
ginnt in seinen Unter-
richtsstunden (Sollhaus)
mieder ein 58863
neuer
Privat-Tanzkurs.
Man verlange Lehrplan.
Ludwig Pfirrmann
Spelzenstraße 5,
Telephon 9708.

Bandoneon-Klub
empfehlen sich für
Tanz- u. Unterhaltungsmusik
in Tanz- und Vergnügungsgesellschaften und sonstige
Festlichkeiten, auch Wochentags für Langkunden
etc. Bei Antritt wollen man sich bitte wenden an
Friedl Scheurer, Rheinböhlenstr. 108, 1. Et.
G. m. b. H.
Autofachmann sucht stillen Teilhaber
für Auto und Motorrad, Handel u. Reparatur.
Angeh. unt. S. K. 37 an die Geschäftsstelle. 26146

Walhalla Ab Freitag: **Die Mexikanerin** Ab Freitag: **Colosseum**

Büromöbel:
Rollalouisiepulte
Flachschreibtische
Aktenschränke
Sessel und Stühle
sofort vom reichhaltigen Lager lieferbar
S. Gutmann, G 3, 16
Teleph. 2143

Die elektrische Selbstkur
Ist für die meisten Krankheiten
unübertrefflich, besonders bei
Nervosität, Lähmungen, Ocht usw.,
wenn die Behandlung mit 576
Wohlmuths elektro-
galvanisch. Apparat
geschicht. Verlangen Sie kosten-
lose Druckschriften von
Egon Winter, Mannheim
Baro C 1. 13. Tel. 5957.
Generalvertreter der
Fa. O. Wohlmuth & Co., Dresden.

Vom 1.—12. Januar werden Anmeldungen angenommen
Zuschneide-Akademie
für Damen Bekleidung
D 5, 3 Weidner-Nitzsche, Mannheim D 5, 3.

Neu eröffnet!
Neu-Anfertigungen sämtlicher
Damen- u. Kindergarderobe
von einfachster bis feinsten,
moderner Ausführung. Dem
Tages- und Abendkurs
im Selbstanfertigen für Frauen u. Mädchen
Anmeldungen baldigt erbeten.
Schneideratelier Markert-Fritz
K 4, 2, 1 Treppe. Höhe der Börse.

Ich empfehle mich zur Ausführung 28371
sämtlich. Dacharbeiten
(Schiefer-, Ziegel-, Holzzementdächer)
Alle Reparaturen werden gut und billig
ausgeführt. **Adam Grimm, Schiefer-
deckergeschäft, G 3, 13 (Darmstädter Hof)**

**Knaben u. Mädchen, Gewerbe-
treibende, Heeresentlassene etc. er-
halten eine gründliche Aus-
bildung in sämtl. kaufmännischen
Fächern bei
strengem Einzelunterricht in
Tages- u. Abendkursen (Eintritt beliebig).
0 6, 1 Priv.-Handelsschule 0 6, 1
gegr. 1887 **Ch. Danner**, staatl. gepr.
Alle Absolventen sind gut placiert.**

Gebrauchte Registraturschränke
zu kaufen gesucht.
Angebote unt. V. C. 128 a. b. Geschäftsstelle. 214

Rolladen Neuherstellung
Reparatur-n
551
So laden und
Jalousiefabrik
Augustenstr. 33 Mannheim Tel. 2001 u. 3772
Stierlen & Hermann

Privat-Tanzlehr-Institut
K. NAGEL
Schwetzingerstraße 171. Telephon 5955.
Beginn eines neuen Tanzkurses am
Montag, den 12. ds. und bitte um
persönliche Anmeldungen. Schöner Saal
in meinem Hause. 310
NB. Derselbe ist noch 2 Abende zu vergeben.

Ther am 6. 1. 1920 erfolgte Vermählung
geben bekannt 28340
Karl Eberle
Maria Eberle
geb. Kretschmer
Mannheim Weidnerstr. 32 post.

Statt Karten.
Else Fisch
Roman Zimmermann
Verlobte.
Mannheim L 3, 36 Randegg
Januar 1920. 294

Die glückliche Geburt
eines gesunden, kräftigen
~ Jungen ~
zeigen hoch erfreut an 290
Otto Geller u. Frau
Via geb. Rits
Mannheim, 7. Januar 1920.

Haut- u. Geschlechtsleiden
— aller Art —
Rasche Erfolge auch
bei alten und hart-
näckigen Fällen, ohne
Berührungsbildung
Herr. Meier, Schäfer's Licht- u. Las' Licht „Elektron“
Nur N 3, 3, 1. St. Teleph. 4320 Nur N 3, 3, 1. St.
Geöffnet 9—12 vorm. 514
2—8 nachm. Sonntags 10—12 Uhr.
Auskunft kostenlos — 19tägige Praxis.

Schreibarbeiten
Abschriften, Verleibigungen etc.
fertigt Privat-Handelschule 529a
„Merkur“ E 1, 1.
Tel. 2078

Harmonische Gymnastik
System Stobbins
Körperschulung — Atempflege — Tanz
Beginn der Kurse für Kinder und Erwachsene Mitte
Januar im Casinosaal. — Anmeldungen sowie
alles Weitere im Mannheimer Musikhaus, P 7, 14.
Maria Mohrien Diplom. Lehrerin der
harmonisch. Gymnastik

Musikalien
für Piano 2- u. 4händig.
Schott-Nummer
Band-Ausgaben
Klavier-Auszüge
Schott-Bände
Silhouetten-Bände

Nächste Ziehung!
Preuss. Uddes'sche
Klassenlotterie
Zur Ausspielung ge-
langten 214000 Ge-
winne im Betrage von
72426800 Mk.
Über 72 Millionen Mk.
Höchstgewinn im gün-
stigen Falle Mk.
Hauptgewinne Mk.
800000
500000
300000
200000
150000
100000
u. w. 30
Ziehung der 1. Klasse
am 13. u. 14. Januar
Preis der Lose:
1/2 10.50 21.— 42.—
pro Klasse
empfehl. u. versendet
Lotteriegeschäft
Albert Hoffmann
Mannheim
H 1, 1-2, Post. Tel. 7363
O 6, 6, Heidelberger-
straße, Tel. 1503.
Versand unter Nach-
nahme od. gegen vor-
herige Einzahlung des
Betrags und 30 Pfg.
für Porto.
Amtl. Plan kostenlos
und franko.

Elegante
5 Zimmer-Wohnung
mit Heizung wird zu
tauschen
9-10Zim.-Wohnung
Möbliertes Wohn- und
Schlafzimmer
2 Zimmerwohnung
gesucht.
Möblierte und
leere Zimmer
Dauermieter
möbl. Zimmer
vermieten

Schulen
Tanz-Ausgaben
Wellenklänge
L. Spiegel & Sohn

Nähmaschinen
Knudden, L. 7, 3.
Auto-Gummi
Voll-Gummi
Auto-Zubehör

Unterricht
Wer beteiligt sich
an franzo. u. englisch.
Klavier-Unterricht
Studienkollegen (in)

Saalstreuwachs
Bodenwische
Botenlacke
empfehl. 29054
Josef Hermann, Mannheim
47, 17 Jungbusch
Telefon 4073
Jorden - Rade - Ode

Auto-Gummi
Ocken u. Schläuche
Voll-Gummi
Auto-Zubehör

Ein leeres Zimmer
Vermietungen

Lampen
für Gas u. Elektrizität
Echte Stearin-Kerzen

Auto-Zubehör
Kerbid
Autogummi-Zentrale u.
Reparatur-Werkstätte

Unterricht
Wer beteiligt sich
an franzo. u. englisch.
Klavier-Unterricht
Studienkollegen (in)

Batterien
Taschenlampen
Nähmaschinen

Miet-Gesuche
5 Zim.-Wohnung
3 Zim.-Wohnung
gut möbl. Zimmer

Unterricht
Wer beteiligt sich
an franzo. u. englisch.
Klavier-Unterricht
Studienkollegen (in)